

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1919 Nr. 377 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 212



Bezugspreis: für Halle und Dessau monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50, halbjährlich Mk. 8,50, jährlich Mk. 16,50, einschließlich Postgebühren. — Postfach 20612. — Druck und Vertrieb: Verleger: Carl Schreyer, Halle, Postfach 20612. — Druck: Carl Schreyer, Halle, Postfach 20612. — Anzeigenpreis: Die Zeile 20 Buchstaben in 10 Spalten. — Druck und Vertrieb: Verleger: Carl Schreyer, Halle, Postfach 20612. — Druck: Carl Schreyer, Halle, Postfach 20612.

Neueste Tagesnachrichten

- * Im Rheinland wird eine amazilische Besatzung von 6000 Mann bleiben.
- * Der Marzials in der Pfalz schickte bis von 40 auf 45 Centimes.
- * Im Saargebiet wurden alle polnischen Versammlungen verboten.
- * Auf den Gütern des Reichs Kaffel ist ein Landarbeiterstreik ausgebrochen.
- * Die Arbeiter der anhaltischen Kalimwerke sind in den Streik getreten.
- * In Frankreich sind Streiks der Eisenbahn- und Gasenarbeiter wegen Lohnsteigerungen ausgebrochen.
- * Amerika steht infolge der Lebensmittelsteigerung vor einem Generalstreik.

Wilson und der Frieden

Amsterdam, 4. August.

Laut Pressebüro Radio erklärte Präsident Wilson dem Senat des Friedensvertrages noch länger hinauszuhalten, wenn diese in Europa eine ernste Krise entstehen. Wilson bestand darauf, daß bei der Ratifizierung ein Vorbehalt gemacht werde, in dem er darlegte, daß die Stärke der Vereinigten Staaten im Falle ihrer unabhängigen Stellung ungeschwächt sein würde. Bei dieser Gelegenheit erklärte Wilson auch, daß er sich keine Rettung selbst ins Werk setzen, „New York Times“ melden, daß unter den republikanischen Senatoren sehr verschiedene Ansichten bezüglich der zu machenden Vorbehalte herrschen und daß zahlreiche Beratungen abgehalten werden, um ein Programm zu formulieren.

Frankreich im Saargebiet

Brüssel, 4. August.

Einem Berichterstatter des „Matin“ erklärte der französische Kommandant des Saargebietes, General Andauer, in Saarbrücken, Frankreich kontrolliere die Kohlengruben des Saargebietes vollständig und es wäre also absurd, wenn es nicht den Versuch gemacht würde, auch in den metallurgischen Unternehmungen Einfluß zu gewinnen. Wenn man diesen beiden Aufgaben hiefür, könne man leicht großen Einfluß auf ihren Geschäftsgang ausüben. Die Industriellen müßten deshalb begreifen, daß es in ihrem Interesse liege, wenn sie sich dem französischen Kapital angeschlossen. General Andauer meinte schließlich noch, wenn man die Industrie in der Hand habe, sei es wohl leicht, auf die Einwohner einzuwirken, damit sie von dem Recht der Naturalisation Gebrauch machten.

Die Verwaltung der besetzten Gebiete

Wien, 3. August.

Der parlamentarische Beirat des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete sagte heute unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Dr. Reinald und im Beisein des Reichskommissars von Starck, sowie Vertretern der Regierungen von Preußen, Bayern, Baden und Hessen. Die Antwort der a. u. a. Mächte wurde von den Anwesenden eingehend erörtert. Von den Möglichkeiten des Beirats und den Regierungsvorschlägen wurden wichtige Wünsche zur Berücksichtigung für die in den nächsten Tagen beginnenden weiteren Verhandlungen in Versailles empfohlen. Allgemein bestand der Wunsch, daß das Reichskommissariat und die alliierte Vorkommission so bald wie möglich ihre Tätigkeit aufnehmen möchte.

Amerikanisches Urteil über das heutige Deutschland

Die „Streu-Zeitung“ Nr. 328 vom 16. Juli veröffentlichte nachfolgendes Urteil: „Nachfolgend überlebe ich die Abschrift eines Briefes, den ich vor kurzem von einem mir sehr nahestehenden Amerikaner aus dem besetzten Gebiet erhalten habe. ... Du soll die gewünschte, offene Antwort haben. Das früher gefürchtete und gehätschte deutsche Volk hat sich seit dem Novembertag 1918 zu 90 v. H. S. b. b. m. m. und gemein entpuppt. Einige Bemerkungen von euer Volk, als es die Revolution machte und sein Herr geschick, gemein ist es, weil ihm jedes Nationalgefühl fehlt. Die Flammen der Revolutionen gegen den Gewaltfrieden sind hier nicht ernst genommen worden,

denn für 90 v. H. m. w. ist die Hauptfrage, Geld erpressen, nicht arbeiten, nur essen und tanzen können, klüben, plündern, stehlen, morden: Frieden und Schicksal des Vaterlandes war und ist diesem Teil gänzlich gleichgültig.

Dumm sind eure Arbeiter: unglücklich dumm, wenn sie von der Internationalen etwas erhoffen. Dumm sind sie, weil sie nur Gekern jeden Alters glauben, etwas anderes gar nicht hören wollen. Dumm sind sie, weil sie nicht merken, daß ihre Forderungen und Verführer sich stets aus dem Staube machen, wenn es ernst wird und weil sie nicht glauben, daß es den Führern nur um persönliche Macht und Vermögensvorteile zu tun ist. Gemein ist der Arbeiter, der die Not des Vaterlandes durch sinnlose Streiks auszunutzen sucht; dabei sieht er nicht, daß er sich selbst schadet.

Eure Regierung ist eine überaus traurige. Aus Angst vor einer Gegenrevolution von rechts — wogeu der Bürger zu frage und zu feige ist — läßt sie dem Spartakismus freie Hand. Die bolschewistischen Drahtzieher sitzen im Parlament, denn zwischen Unabhängigen und Spartakisten ist doch kein Unterschied. Jedem Gebrüll halbwillkürlicher Juristen wird nachgegeben, stets wird verhandelt, aber nicht gehandelt. Nein, mein Freund, auf diese Weise wird es nie etwas, und die Sozialisierungspläne! Ein Teil der Regierung hat sicher schon eingesehen, daß es damit nie und nimmer etwas Gutes werden kann, aber es fehlt der Mut des Einzelnen. Die Partei geht über das Vaterland, auch im Parlament. Die Partei ist nur ihre fetten Bökeln haben, das Vaterland ist trotz aller Reden Leberleiche. Und das Volk merkt es nicht, weil ihr ihn nun verbietet hoch. Politisch seid ihr untreu, untreu auch für die Freiheit. ... Der Mann hat leider recht.

Landarbeiterstreik in Hessen

(Von unserem hl. Sonderberichterstatter)

Dassel, 4. August.

Gerne hätte ich auf fast allen Gütern des Reichs Gebiet der Landarbeiterstreik aus, nachdem die Tarifverhandlungen, in denen weitgehendes Entgegenkommen gezeigt wurde, doch nicht zur Zufriedenheit der Landarbeiter ausgefallen sind. Vorläufig befindet sich der Streik auf der großen Güter, auf den kleineren und mittleren wird noch gearbeitet. Es besteht außerdem Hoffnung, daß der Streik in kurzer Zeit beizulegen ist.

Der Streik in der Kalk-Industrie

R. Pöhl, 4. August.

Nun sind auch die Beschäftigten der anhaltischen Kalkischen Kalimwerke dem Streik begetreten. Eine kleine Gruppe Unabhängiger ergang die Arbeiter durch die Drohung, sie würde die Maschinerie verbinden, um Anschluss an den Streik. Einmalig ist die nach dem Streikbestehen um zu vermitteln. Von den Bernburger Kalimwerken streikt nur Götzen.

Amerika vor dem Generalstreik

(Eigene Drahtmeldung der „S.“)

St. Petersburg, 4. August.

Der Präsident des amerikanischen Eisenbahnenverbandes, William Rea, gab einer Untersuchungskommission über den Eisenbahnstreik die Erklärung aus, daß sich Amerika infolge Lebensmittelerhöhung an der Schwelle eines Generalstreiks befinde. Wenn Kapital und Arbeiter nicht Mittel zum Wege finden, um Hand in Hand zu arbeiten, würden in Amerika Unruhen ausbrechen, wie man sie noch nie erlebt habe.

Deutschenpolitik der polnischen Regierung

Man schreibt uns aus der Provinz Posen: Seit einiger Zeit haben die polnischen Behörden ihre Politik den Deutschen gegenüber geändert und kommen allen Wünschen der deutschen Bevölkerung nach. Aufsehnend will man die Deutschen als neue polnische Untertanen verständig stimmen. Die polnische Regierung, die zu einem großen Teile aus polnischen Dilettanten besteht, hat anerkannt, daß sie auf die Unterstützung der deutschen Beamten angewiesen ist und bietet sie unter großen Versprechungen in ihren Kammern zu verbleiben. Die Gehälter werden gegenüber den bisherigen preußischen Gehältern erhöht. Die Regierung hat auch durchdrücken lassen, daß sie den bisher preußischen Gebietsteilen eine Autonomie bewilligen will, da sich ein Widerstand in der Provinz Posen, auch in polnischen Kreisen, gegen die Maschauer Regierung bemerkbar macht. Die preußischen Polen hätten sich gegenüber der Lebensgemeinschaft von Provinzialen aus Songheiden, die alle Kammern an sich ziehen, arg verhalten. Die polnische Regierung arbeitet bei den Verhandlungen mit der preußischen Regierung auf gute nachbarliche Beziehungen hin und will bezüglich des polnischen Weichselvertrages bedeutende Verbesserungen Preußen zuerlassen.

Der Kampf um Oberschlesien

Der Kampf um Oberschlesien wird uns geschrieben: Obwohl der Termin für die Volksabstimmung, die über die Zugehörigkeit des bei weitem größten Teiles von Oberschlesien entscheiden soll (man weiß nur, daß sie nicht vor sechs Monaten und spätestens 18 Monate nach erfolgter Ratifizierung stattfinden soll), noch in keiner Weise feststeht, ist doch der Kampf um das künftige Schicksal dieses nicht nur für Preußen, sondern für ganz Deutschland so hochwichtigen, ja unentbehrlichen Gebietes bereits mit voller Heftigkeit entbrannt, und er wird von polnischer Seite mit härtester Selbstentschlossenheit, mit allen, auch den fruchtlosesten Mitteln, geführt.

Die Polen sind offenbar davon durchdrungen, daß sie das nötig haben, denn die Sympathien für das Vaterland sind zwar bei der polnischen Bevölkerung sehr gering. Man muß bedacht werden, daß Oberschlesien seit länger als hundert Jahren nicht mehr zu Polen gehört. Der ländliche Besitz, Industrie und Handel befinden sich denn auch fast ausschließlich in den Händen der Deutschen, und wenn die Industriearbeiter, vor allem die Bergarbeiter, überwiegend polnisch sind, so unterscheiden sich doch die slawischen Bewohner Oberschlesiens schon in der Sprache sehr wesentlich von den Polen, da das sogenannte „Wallerpolnisch“ ein ganz anderes Idiom darstellt als das Hochpolnische. Wie die Meinung der ober-schlesischen Bevölkerung ist, hat sich aus den letzten Wahlen für Nationalparlament deutlich ergeben. Obwohl die Polen Stimmhaltung verhindert hatten, gaben nahezu 70 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimmen für die deutschen Parteien an, wobei noch zu bedenken ist, daß die Wahlteilnahme fast nirgends über 90 Prozent hinausging. Somit dürfte eigentlich kein Zweifel darüber bestehen, daß die große Mehrheit der Oberschlesier bei Deutschland bleiben will.

Das ist ja eben der Grund, weshalb man so solchen fruchtlosen Mitteln bei der Agitation für den Anschluss an Polen greift. Den Oberschlesiern wird das Blau von Himmel herunter verpredigt. So wird ihnen, wenn auch sehr verhalten, eine Sonderverwaltung in Aussicht gestellt, wird ihnen unter dem Schutz des sogenannten „Schutz“ einmal auf dem Boden des Reiches Bundes die bürgerliche und politische Gleichberechtigung für die sprachlichen Minderheiten zugesichert. Ja, die polnischen Agitatoren sind so gewissenlos, den Arbeitern Land und Vieh zu versprechen, obwohl doch kein Rand zum Verdingen vorhanden und Polen eines der reichärftlichen Länder ist.

Auch die preussische Regierung hat den Oberschlesien erhebliche Zugeständnisse gemacht, aber eben solche, die sie halten kann und deshalb auch zu halten entschlossen ist. Befremdlich hat die Staatsregierung für den mit Zuversicht erwarteten Fall, daß sich Oberschlesien für den Verbleiben bei Preußen entscheidet, die Bildung einer besonderen Provinz Oberschlesien angestrebt. Das ist aber von weitgehender Bedeutung, da man dem bereits bereiteten Gesetz über die Rechte der Provinzen die Provinziallandtage die Befugnis zur statutarischen Regelung solcher Fragen der Schul-, Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverwaltung erhalten, die der Provinzialbevölkerung besonders am Herzen liegen, wie beispielsweise der Geburten- und Mutterprache in gemischten Landesstellen und der Religionsunterricht in der Volksschule. Ein Teil dieser Zugeständnisse ist übrigens schon auf dem Verwaltungsweg verwirklicht worden und weitere Garantie gewährt der Artikel 112 der Reichsverfassung, der den fremdbürgerlichen Volksstellen aufzählt, daß sie durch die Gesetzgebung und Verwaltung nicht in ihrer freien volkswirtschaftlichen Entwicklung, besonders nicht im Gebrauch ihrer Mutterprache beim Unterricht sowie in der inneren Verwaltung und Rechtspflege beeinträchtigt werden dürfen.

Nun liegt ja vielleicht die Befürchtung nahe, daß die Agitation während der Okkupation die polnische Agitation unterliegen könnten im Sinne des französischen und britischen Kriegeszieles, Deutschland völlig zugrunde zu richten. Denn das würde auf diese Weise erreicht werden. Würde doch rund ein Drittel aller in Deutschland geborenen Eisenarbeiter in Oberschlesien gewonnen, von man aus der ganze Osten mit Kohle versorgt würde. Wenn sich zur den günstigsten Fall geradeum fünfzehnjährigen Entziehung des Saarreviers nach der Verlust Oberschlesiens stellen sollte, so würde das nichts mehr und nichts weniger als den Zusammenbruch der deutschen Industrie bedeuten, die durch die gegenwärtigen Rohstoffrisiken ohnehin schwer bedroht ist. Deutschlands Trauer wäre aber in diesem Falle auch die der Alliierten, die sich darüber klar sein müssen, daß sie durch die uns auferlegten „Triageentscheidungen“ selbst einen diesen Streik machen würden, wenn durch den Verlust Oberschlesiens der deutschen Industrie das Misere gebrochen würde. Biletsch hält die Erwägung die Alliierten davon ab, der großpolnischen Agitation in Oberschlesien Sandlauge zu leisten.

Das Koalitionsministerium in Ungarn

(Eigene Drahtmeldung der „S. Z.“)

Budapest, 4. August.

Der Ministerpräsident Károlyi, auch die Ministerpräsidenten der Verordnungen der Räteregierung unterworfen, einer Revision unterziehen und bereits dem nächsten Ministerium vorzulegen sollen, welche Bestimmungen zu befestigen sind und wie der Rechtszustand vor dem 21. März wieder hergestellt ist. In erster Linie wird die Räteregierung über die Sozialisierung der Güter außer Kraft gesetzt werden.

4. Wien, 4. August.

Das rumänische Oberkommando hat sich an den durch Oberleutnant Romaneli erteilten Befehl, den Kommando einzuhalten, nicht gehalten. Im der früheren kaiserlichen Sommerfeste, einem Logenabend von Budapest, noch tatsächlich am Samstag Abend eingetreten. Ein solches Regiment stand nur noch 20 Kilometer von Budapest. Sonntag gegen Mittag erhielt Romaneli vom rumänischen Oberkommando die Mitteilung, es habe sich aus laienlichen Gründen entschließen müssen, nun nach Budapest zu ziehen. Durch die Gefährdung eines Stabesoffiziers gelang es, dieser Verfügung den Charakter eines reinen Feindes Aktes zu nehmen. Die Rumänen begnügen sich damit, zwei Tage in den Vorstädten von Budapest ihre Truppen unterzubringen. Gleichzeitig forderte die Regierung Feibel von Oberleutnant Romaneli, daß die Entente 5000 Mann nach Budapest entsende. Wenn jetzt die ungarische Regierung die Verfügung fordert, so geschieht dies nur zum Schutz gegen die Rumänen, von denen man Brandstiftung befürchtet. Die Entente wird wahrscheinlich 5000 Mann nach Budapest senden, weil man nicht weiß, wie man die Rumänen wieder aus Budapest entfernen soll.

4. Wien, 4. August.

Das Budapest wird gemeldet: Die Umwandlung der rein sozialistischen ungarischen Regierung in ein Koalitionsministerium geht schneller vor sich, als man erwartet hat. Noch am heutigen Tage soll die neue Ministerliste bekanntgegeben werden, die eine Beteiligung von Károlyi und von Vertretern des Bauern- und Arbeiterpartei umfaßt. In die nächste Revue wird Budapest für bereits bürgerliche Demokratie eingezogen. Mit der Gegebenen Regierung, die ausschließlich aus Aristokraten besteht, werden keinerlei Verhandlungen geführt.

Der Rücktritt der ungarischen Räteregierung

Ist zweifellos durchaus nicht so freiwillig erfolgt, wie das ungarische Korrespondenzbüro glauben zu machen versucht. Was der Rücktritt des Birkó geht nicht herbei, es es zu der Zeit, da es die Meldung ausgehen ließ, noch in den Händen der Räteregierung oder bereits in denen des neuen sozialistischen Kabinetts gewesen ist. Bela Kún (Abalbert Gohn) und Szamuely — der Name ist durchgängig — hatten ihren Rücktritt noch verdrängt mit einer Gegenparole, der Versicherung nämlich, daß sie den Kampf gegen den Imperialismus der Westmächte bis zum äußersten führen wollten. Mit diesem Maßstabverstoß auf den Lippen ist dann die sozialistische Räteregierung, unter der noch durchsichtbar glanzwürdigen ungarischen Darstellungen nach 28 Jüden haben, vertrieben.

Das die „Kultur“-Regierung“, so sagt das „Berliner Tageblatt“, Szamuely und Bela Kún Ungarn hinterließ, ist ein großer Scheitern: Die ganze Regierung charakterisiert sich darin, daß neben wohnhaften Experimenten, die das gesamte wirtschaftliche und kulturelle Leben Ungarns auf die Dauer hätten erdroffeln müssen, eine Verwendungs von öffentlichen Mitteln trat, die nicht lediglich aus unethischen Gründen, sondern die, insbesondere auch mit der Verwendung geraubten Stridenoutlets anlangt, vor allem auch den sehr weitestgehend erodierten und inuffizienten Bedürfnissen der meist 20 bis 30 Jahre alten Räteregierung dienen mußte.

Deutsche Partei in den Ostmarken

Breslau, 4. August.

Die Bildung einer deutschen Partei für die abgetrennten Gebiete von Polen und Westpreußen ist von den Landesverbänden der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Deutschen Arbeiterpartei, den deutschen Reichsräten der abzutretenden Teile dieser Provinzen und der deutschen Vereinigung in Bromberg beschlossen worden. Ein Aufruf zum Eintritt in die neue Partei wird heute in der Presse veröffentlicht. Die neue deutsche Partei will alle Deutschen in den abzutretenden Teilen von Polen und Westpreußen ohne Unterschied der Zugehörigkeit zu den bisherigen deutschen Parteien an dem Zweck zusammenfassen, das Deutsche in den an Polen gelangenden Teilen ihrer beiden Provinzen zu erhalten und die Interessen aller Deutschen zu wahren. Die Parteiprogrammstellen befinden sich in Bromberg und Gera.

Herr Braun und das Deputat

Das Schreiben des Landwirtschaftsministers an den Reichsernährungsminister, betreffend die Gewährung des vollen Deputats in Rattana an die Landarbeiter, ist hier schon entsprechend niedriger gehängt worden. Es wurde auf die Verhältnisse hingewiesen, die in dem Versuch lag, die Dörfer zu bürgerlichen zu machen, als müßten etwa die Arbeiter gegen ihren Willen zur vollen Deputatszahlung gezwungen werden. Für letzteres steht das Landwirtschaftsministerium aus der Weite nicht bekannt sein müßte, welchen Standpunkt die Arbeitgeber einnehmen.

Das Schicksal aber ist, daß in dieser ganzen Angelegenheit das Landwirtschaftsministerium seinem hohen Glauben an den Mund schlägt, indem es in einer höchst an eine Berliner Zeitung zur Deputatsfrage sagt:

Es müßte ausdrücklich festgestellt werden, daß die Forderung nicht so sehr von den Arbeitnehmern, wie viel mehr von den Arbeitgebern, ist. Die Forderung ist, daß die Arbeiter, so daß alle die eventuell in Frage kommende volle Gewährung des Deputats in Rattana nicht die Erfüllung einer Arbeitspflicht, sondern einer Arbeitgeberpflicht ist. Eine ganze Reihe von Landwirtschaftsorganisationen, unter ihnen auch der Sommerbauernbund, hat sich an den Minister Braun gewandt mit dem dringenden Ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß die Arbeitgeber befragt

werden, ihren Arbeitnehmern das Deputat in voller Höhe in Rattana anzubieten zu dürfen. Der Sommerbauernbund besonders hat seine Arbeitnehmenden aufgefordert, die Arbeitnehmer in diesem Sinne zu Eingaben zu veranlassen. Hier wird also offen ausgehen, daß Herr Braun über den wahren Sachverhalt unterrichtet war, daß er sich also einer ganz ähneln Demagogie, um seinen deutschen Auszubildung zu gebrauchen, schuldig gemacht habe. Nun sage man noch, es herrschten im Landwirtschaftsministerium nicht die ordentlichsten Verhältnisse.

Baldige Ratifikation durch Italien

Rom, 4. August.

Nach einer ähnlichen Meldung des „Corriere della Sera“ betonen gestern Ratti und der Unterstaatssekretär für Auswärtige, Cerna, in parlamentarischen Friedensausblicken die vollständige Ratifikation für Italien, den Verfall der Vertragsschuldung zu ratifizieren. Die Regierung habe keinen Zweifel, daß nur die Verhältnisse, auch Deutschland habe ein Interesse an der baldigen Ratifizierung. Deutschland reiche mit dem gerechten Sinn und der Würdigung Italiens bei der Annahme des Vertrages.

Amerika und die englische Kabeldikatur

(Eigene Drahtmeldung der „S. Z.“)

Kopenhagen, 4. August.

Central News“ melden aus Washington: Eine Reihe amerikanischer Kapitalisten hat den Plan gefaßt, von den Vereinigten Staaten ein direktes Kabel nach Schweden oder einem anderen geeigneten europäischen Land zu führen. Der Zweck des Unternehmens ist, daß man das amerikanische Wirtschaftswesen von der englischen Kabeldikatur befreien will. Ungeachtet ist, daß die Engländer während des Krieges die Alleinberechtigung auf dem Gebiet des Kabelwesens zu großartigen Spionage ausgenutzt hat, die alle Ereignisse des internationalen Wirtschaftslebens erschaffen hat. Der Schritt Amerikas ist nur verständlich, wenn er auch selber sehr früh kommt.

Ein amerikanischer Friedensfühler?

Von einer weiteren Friedensmöglichkeit in Juli 1918 weiß die „S. Z.“ zu berichten. Im Sommer 1918 kam, nach ihrer Darstellung der schweizerische Befände in Washington, Herr Sulzer, zu einem sehr wichtigen Urlaubsaufenthalt in seine Heimat. Vor seiner Abreise aus Amerika hatte er eine Unterredung mit dem Oberst Soule, dem Vertrauensmann Wilsons. Soule sagte dem Vertreter der Schweiz ausnehmend, welche große Bedeutung die befristete Frage für den Frieden habe. Er sagte Wert darauf zu stellen, daß Deutschland bereit sei, in Belgien den Status quo ante anzuerkennen. Bei seiner Rückkunft in Europa kamme Herr Sulzer nicht, daß mit der deutschen Friedenspropaganda in Verbindung zu setzen. Es war ihm nicht möglich, den Besitz einer bezüglichen Erklärung zu erlangen.

Die amerikanische Besetzung des Rheinlandes

(Eigene Drahtmeldung der „S. Z.“)

XX. Köln, 4. August.

Zwischen dem Marschall Foch und dem Führer der amerikanischen Streitkräfte fand eine Konferenz statt, welche sich mit dem Umfang des Westertes, das die amerikanischen Streitkräfte besetzen sollen, befaßte. Es fallen danach nicht mehr als 6000 Amerikaner im holländischen Gebiet verbleiben, die die Grenzen von Station besetzen sollen. General Pershing trat am Sonnabend in Köln ab.

Die französische „Kultur“

(Eigene Drahtmeldung der „S. Z.“)

XX. Ludwigshafen, 4. August.

Bei der französischen Polizei im Elsaß sind unerträgliche Zustände nach russischer Muster. Es laufen dauernd Klagen über die schwersten Mißhandlungen ein. Bei den geringsten Vergehen werden die Verhafteten mit Säcken oder Ketten bepackt. Manche der Verhafteten wurden auf den Boden geworfen und mit Schlägen traktiert. Die Klagen werden sich über ein bezügliches Vergehen der Franzosen, doch sind bisher keine Maßnahmen gegen bezügliche Unmenslichkeiten getroffen worden.

Erhöhung der Markaluta

(Eigener Drahtbericht der „S. Z.“)

XX. Lubuski, 4. August.

Der Oberverwaltungspräsident des Reichs, General Gerard, hat den Kurs der deutschen Mark in der Höhe von 40 auf 45 Gewinnes vom 1. August ab hinausgehoben.

Streik in Frankreich

Paris, 3. August.

„Progress de Lyon“ erzählt, daß die Dora- und Rhodaner Arbeiter des Hafens von Toulon, sowie des Ostkanals gestern die Arbeit niedergelagt haben; sie verlangen eine Teuerungsgulage. Wegen Lohnstreitigkeiten haben die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten des Departements Finistère heute abend den Ausfall der Arbeit beschlossen. Der Arbeiterstand in Gharze wurde durch Schließigkeit beiseitegel. Man hofft, daß die Arbeit morgen wieder aufgenommen wird. Der Hafen ist überfüllt.

Die Nationalversammlung nach Berlin

Es sieht nunmehr sehr, daß die Nationalversammlung in der zweiten Septemberhälfte ihre Beratungen in Berlin abhalten wird. In Weimar will die Nationalversammlung vom 7. bis 16. August noch einige Sitzungen abhalten, um einige Steuerentwürfe zu verabschieden. Die großen Steuerentwürfe kommen erst im September zur Beratung. Nach der Überlieferung der Nationalversammlung nach Berlin wird dem Parlament der neue Reichsausschuß vorgelegt werden. Ob im Herbst eine größere Pause eintreten wird, ist noch ungewiß, aber kaum wahrscheinlich. Neuwahlen zum Reichstage sind vor Beginn des neuen Jahres nicht zu erwarten.

Giesder-Warnemünde

Kopenhagen, 4. August.

Kritisch wird bekannt gemacht, daß vom Dienstag den 5. August ab die Eisenbahnverbindung zwischen Kopenhagen und Deutschland über Giesder-Warnemünde mit dem neuen S 120 von hier abgehenden Schnellzug durchgeführt wird.

Italiens Urteil über Erzberger

Bevor noch die vatikanische Information der „Stalla“ bekannt war, wonach es sich bei der Aktion des Ministerium Nitti nicht um einen englischen Friedensvorschlag, wie Erzberger glauben machen wollte, sondern um die von den päpstlichen Kanzeln der deutschen Regierung übermittelte englische Antwort auf die päpstliche Friedensnote handelte, entwirrt der „Corriere della Sera“ in einem reaktionellen Artikel folgendes Bild von Herrn Erzberger:

Zu den widerwärtigsten Erscheinungen unserer Zeit gehört es, daß sich hier und da zweielhafte Elemente in den Vordergrund drängen. Sowohl in den Ländern der Sieger als in denen der Besiegten gibt es eine Individuen, welche die Ergebnisse des Krieges in ähnlicher Weise auszuwerten trachten, wie eine andere den Krieg selber ausgebrochen hat. Den Vorfall auf dieser Tätigkeit bilden Klümpchen und der völlige Mangel an Gewissen. Zu diesen Elementen gehört Erzberger. Während des Krieges war er je nachdem woher der Wind wehte, Innenminister oder Kapitän. Vor allem aber war er Hauptbetreuer des „Prinzip“ der Restauration als Kampfmittel in Deutschland. Er unternahm es, den Krieg in der Kloze zu führen, und man sah, daß ihn seine Weisheit auf das Leben in der Kloze hinwies. Heute spielt dieser rotbackige Lump in dem unterlegenen Deutschland eine beherrschende Rolle. Nach jedem Schicksal die Robe wechselt, flücht er sogar auf dem neuen Schiff, das er besteigt, das Romandio. Um sich die Gunst der Extremen zu verdienen, möchte er das deutsche Nationalvermögen degnisieren, und das Spiel scheint ihm zu gelingen.

Das Gerücht verleiht uns nun Erzberger, daß England im Jahre 1917 mit Zustimmung Frankreichs durch Beistellung des Vatians Deutschland habe bekannt geben lassen, daß es bereit sei, in Verhandlungen über den Frieden einzutreten, sofern Deutschland die Unabhängigkeit Belgien gewährleistet. Diese Sache bedarf der Klärung nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Verbandsländern. In Frankreich beschäftigt Nittiobereits Erzberger der Fälschung. Die englischen Diplomaten lausden die Vatians (schweigen noch, aber sie werden über seine Meinung, das ist einseitig, wohl sehr zu beanpruchten, aufzuführen, werden, ob die Regierung über den geschlichen Schritt des Vatians unterrichtet war. Wir müssen das wissen, um ein Urteil über das Verhalten unter Verbindeuten gegenüber Italien bilden zu können. Von englischer Seite werden wir wahrscheinlich bald erfahren, daß der päpstliche Nitti, sei es aus eigener Initiative, sei es auf Befehl des Kardinal-Staatssekretärs, übertried, indem er dem Vorklage eine Bedeutung beilegte, die er nicht befaßt, aber hat Erzberger den Krieg in Deutschland — um einen modernen Ausdruck zu gebrauchen — zu laborieren. Ob der Kaiser ihm den Betrag selbst gegeben hat am 22./23. April in Regensburg, oder ihm durch einen Mittelsmann hat zustellen lassen, ist noch nicht festgestellt. Nitti legt ein Fingerzeig in der Richtung, daß Erzberger am 22. April 1917 dem Staatssekretär Zimmermann eine Mitteilung über Verhandlungen in Wien am 22. und 23. April mit dem Kaiser, Mitgliedern der Familie Parma und Weizsäcker und dem General Gergin ausgestellt hat. Damit kann nur die Gergin von Parma, die Schwägerinmutter des Kaisers Karl, gemeint sein, die im Februar bei Wien seinen Dienst antrat. Parma war eine der Hauptgesprächspartner des Kaisers und ihr Einfluß bei ihm und auf ihn sehr groß, aber alles andere als günstig für Volk und Staat. Es ist also möglich, wenn nicht wahrscheinlich, daß diese Dame, die alles wußte, sich in alles mitteilte und über alles den Bericht brachte, den Erzberger selbst erhalten hätte, denn in Wien war es allgemein bekannt, und auch Erzberger mußte es wissen, daß die Herzogin von Parma durch und durch entsetzbar war.

Erzbergers Mittelperson

Die „Samb. Nachr.“ bringen folgende Mitteilung: In seiner Rede am 23. Juli erklärte Erzberger mit Nachdruck, daß er seinerzeit den Zimmermannbericht des Grafen Gergin mit dem einzigen Bedingung erhalten habe, über seine Meinung, was hinsichtlich des „Prinzip“ der Restauration zu sagen, werde den Namen des Heberlingers nicht nennen. Kurz nach wurde durch Wiener Blätter bekannt, daß Kaiser Karl es selbst gegeben sei, der den Bericht Erzberger zugänglich gemacht habe, und zwar, wie anzunehmen ist, in der offenkundigen Absicht, den Krieg in Deutschland — um einen modernen Ausdruck zu gebrauchen — zu laborieren. Ob der Kaiser ihm den Betrag selbst gegeben hat am 22./23. April in Regensburg, oder ihm durch einen Mittelsmann hat zustellen lassen, ist noch nicht festgestellt. Nitti legt ein Fingerzeig in der Richtung, daß Erzberger am 22. April 1917 dem Staatssekretär Zimmermann eine Mitteilung über Verhandlungen in Wien am 22. und 23. April mit dem Kaiser, Mitgliedern der Familie Parma und Weizsäcker und dem General Gergin ausgestellt hat. Damit kann nur die Gergin von Parma, die Schwägerinmutter des Kaisers Karl, gemeint sein, die im Februar bei Wien seinen Dienst antrat. Parma war eine der Hauptgesprächspartner des Kaisers und ihr Einfluß bei ihm und auf ihn sehr groß, aber alles andere als günstig für Volk und Staat. Es ist also möglich, wenn nicht wahrscheinlich, daß diese Dame, die alles wußte, sich in alles mitteilte und über alles den Bericht brachte, den Erzberger selbst erhalten hätte, denn in Wien war es allgemein bekannt, und auch Erzberger mußte es wissen, daß die Herzogin von Parma durch und durch entsetzbar war.

Rosenberg und Erzbergers Entthaltungen

Vor einigen Tagen ging die Rede über die Milder, daß der Grafende B. Rosenbergs der Leiter der höchsten Abteilung des Auswärtigen Amtes, seinen Milder genannt habe. Es war zur Erklärung hinzugefügt, er trete zurück, da er seinerzeit das Amt nur vorläufig und gewissermaßen vertretungsweise übernommen habe. Rosenbergs erklärte man den Indem Grund für seinen öffentlichen Milder. Es wird in Weimar in unerschütterlichen Streifen offen erzählt, daß sein Rücktritt in unmittebarem Zusammenhang mit den Erzbergerschen Entthaltungen steht. Er scheitert aus dem Bericht selbst, weil er sich aufbehalten sieht, die falsche Darstellung Erzbergers über die Vorgänge vom September 1917 anzusetzen zu werden.

Der Erzberger von gestern

Am der Rede von Erzberger vom 7. März 1919 (11) heißt das amtliche Regierungsblatt, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, Nr. 128 vom 17. März 1919, einen Bericht veröffentlicht. Der heute entrichtete Milder geht damals, vor vier Monaten:

„Ja, aber meine Damen und Herren, was hat denn auf Fortbauer des Krieges bestanden und diese Schützen nicht auf indirekt verursacht? Am 12. Dezember 1918 hat die damalige Regierung den Frieden angeboten. Am 19. Juli 1917 hat der deutsche Reichstag den Frieden der Verbände und der Vertheidigung angeboten, am 1. August bestanden der Kaiser der Reichstag noch einmal einen Versuch gemacht, dem Frieden einhalt zu tun. Alle diese Angebote und Versuche sind mit Nicht und Spott abgewiesen worden. Nicht nur sind wir verantwortlich für die Schäden, die danach entstanden sind, sondern die Alliierten. Das deutsche Volk ist zur Fortsetzung des Krieges gezwungen worden. Es ist daher kein gutes Zeichen, daß sie sich auf den 3. Juni nach dem ersten Friedensangebot begeben, zumweg abzugeben.“

Hieraus folgt, daß entweder Erzberger damals im März oder jetzt liegt. Ein Verdict gibt es nicht, da er beide als Wissender war!

Stellen-Gesuche

Buchhalter und Kassierer

bilanziös, mit ausgesprochenem Organisations-Talent, vielseitig gebildet, das gesamte Reklamewesen beherrschend, im Mahn- und Klagewesen bewandert, sucht zum 1. Oktober d. J. geeignete

Vertrauensstellung

in der er seine langjährigen Erfahrungen nutzbringend verwerten kann. Suchender, Prokurist eines Zeitungs-Unternehmens, besitzt grosse Anpassungsfähigkeit und ist in der Lage, einen Personal vorzustehen. Gef. Angebote unter Mitarbeiter Nr. Z. 1840 an die Geschäftsstelle d. Zeitung erbeten.

Städtiges landwirtschaftliches Personal

Reis- u. Verbehrerische Mägde, Manfells, Anpfeiler, Verwalter, Eleon, Ossen, Kücher und Verköchler, suchen Stelle ersatzweise nur in der

Hallesche Zeitung

Sonderbeilage für die Provinz Sachsen, für Anhalt und Thüringen

Dalle a. S., Leipzigerstrasse 64/62.

Stellen-Angebote

Geschäftsführer.

Der land- u. forstwirtschaftliche Arbeitgeberverband des Kreises GutsMuthsberg a. Thür. sucht für sofort eine eifrige, zehre- und forstgewandene Person, früheren Landmann, welchem die volle Geschäftsführung des Verbandes übertragen. Schriftliche Meldungen sind zu richten an den Vorsitzenden des Verbandes

GutsMuths L. Hofmann,

Präsident Schillingstraße 6, Halle a. Thür.

Sutterkalk

gegen Bleich- und Bräunungseffekte, Verdungen an den General-Vertrieb

Ernst Wäner, Magdeburger-Strasse 30, Saale-Vertriebstrasse 30, -Telefon 6655.

Stellen-Gesuche

Kaufmann,

33 Jahre, beste Zeugnisse, in der Beschäftigung in irgend welchem Betriebe, schriftl. Meldungen an die Geschäftsstelle d. Sta.

Verkäufe

Herrsch. Haus

in freier Wohnungen u. freim. Gefälligkeiträumen. Klare Mietbedingung an zu verkaufen. G. Rosch, Malbauststraße 13 a.

7 Morgen Gartenland,

nahe bei Halle, an best. G. Rosch, Malbauststraße 13 a.

Große Parade-Sattelkiste

Dr. Schatz, Lindenstraße 44 pt.

Zu verkaufen:

1. ein Paar hannoversche Wagenpferde,

schwarzbraun mit Kupfermaul, Hals 4 3/4, Stute 5 3/4, hochlegante, schöne Pferde mit viel Haufen und Gang 100 km, 2. ein Paar hochdämmel-Ballonen mit Bleien und 4 weissen Beinen, 6 Jahre, breite tiefe Pferde mit hohen Wangen, lammtromm, fet. Gelbpann.

Rittergut Lissa bei Ritzdorf, Bez. Halle. Fernruf: Amt Delitzsch 31.

Zur Herbstbestellung

grosse Posten Pflüge, Eggen, Kultivatoren, Motorpflüge

ferner Häckselmaschinen - Separatoren - Grasmäher Dreschmaschinen und Getreidereinigungsmaschinen sofort lieferbar

Maschinen- u. Gerätebeschaffungsstelle für die Landwirtschaft G. m. b. H. Berlin W. 35, Potsdamer Strasse 38.

Alt-Eisen.

Table with 2 columns: Item description and Price. Items include Schmiedeeisen, Gusseisen, Stahleisen, Späne, Bleche, etc.

Rud. Eckhardt & Co. Telefon 6376 und 6927.

Wegen Sanftmähumbauung sofort greifbar: 20 000 kg V o r a g, Brill., chem. rein. Preise bei Abnahme von: 5000 100 500 100 kg 1075 11 1125 1150 Wfl.

einzel. Aufträge frei ab Lager Eisen, Stahl, Eisenquantum 100 kg. 10 000 kg Tafel-Paraffin, Bismutweiss, 50 000 kg, etc.

Paul Stein, Bonn.

Bindegarne

für Nähmaschinen und Strohpressen, Garbenbänder mit Holzklötzchen, wasserdichte Wagen- u. Biessplanken, etc.

Bernhard Sagatz, Aschersleben 142

100 Waggon Brennholz

in Eichen, Buchen, Birken abgelagert von 1-2 1/2 Meter, sowie auf Verlangen geschnitten, laufend abzugeben.

Fr. Morgenschweis Ww., Wehban (Sieg).

Bon heute ab steht wieder ein Transport Kutsch- und Last-Pferde zum Verkauf. Pferdehandlung E. Zimmer, Gera-R., Abelfstraße 6, Säch. Bahnhof.

Wilhelm Reichert, Halle a. S. - Omburg - Berlin, feint auf feste Bindung und übernimmt in den einzelnen Gebieten am vollständigsten Verkauf: Grün, Bohnen, Ähren, etc.

Gebrauchte Lokomobile, feine, mittlere und größere Ausführung, gegenstandslos zu kaufen günstig. Angebote erbeten an Paul Seler, Wächtersch. Croffen (Halle).

Wichtiges

Bekanntmachung. Gemäß § 12 der Verordnung über die Pfändung von Grundbesitz vom 14. Oktober 1916...

Hartobst-Verpachtung. Am Sonnabend, den 9. August, vorm. 9 Uhr, wird im hiesigen Marktplatz das diesjährige Obst...

Dünger-Verpachtung. Der Dünger von 10 Werten ist vom 1. August an zu vergeben. Angebote schriftlich oder mündlich bis zum 8. August 1919...

Büro-Gemeinschaft. mit vollständigem Annehmlichkeiten, etc.

Engl. Zigarrette. F-Bandrolle, etc.

Staubtücher. empfohlen H. Schaefer Nachf., Gr. Steinstr. 31.

Miet-Gesuche. Kanalarbeiter-Diener, etc.

Kernleder-Treibriemen. in den Breiten von 25, 30, 35, 40, 50, 60, 70, 75, 80, 90, 95, 100, 120, 150, 180, 200 mm...

Prima Heidelbeeren. jeden Kisten Inhalt 4 Liter - Preis franco...

Wertpapiere. aller Art, etc.

Kriegsanleihe. feinst und vorzüglich...

Wichtiges. in jeder Woche monatlich...

Die neue Europakarte

erfiehlt in diesen Tagen. Bestellung, nimmt schon heute entgegen die Geschäftsstelle sowie die Trägerinnen der Halleschen Zeitung Halle-Saale. Preis Mk. 1.50.